

Steuerpolitische Perspektiven der neuen Legislaturperiode

Dr. Albert Peters

Bundesministerium der Finanzen

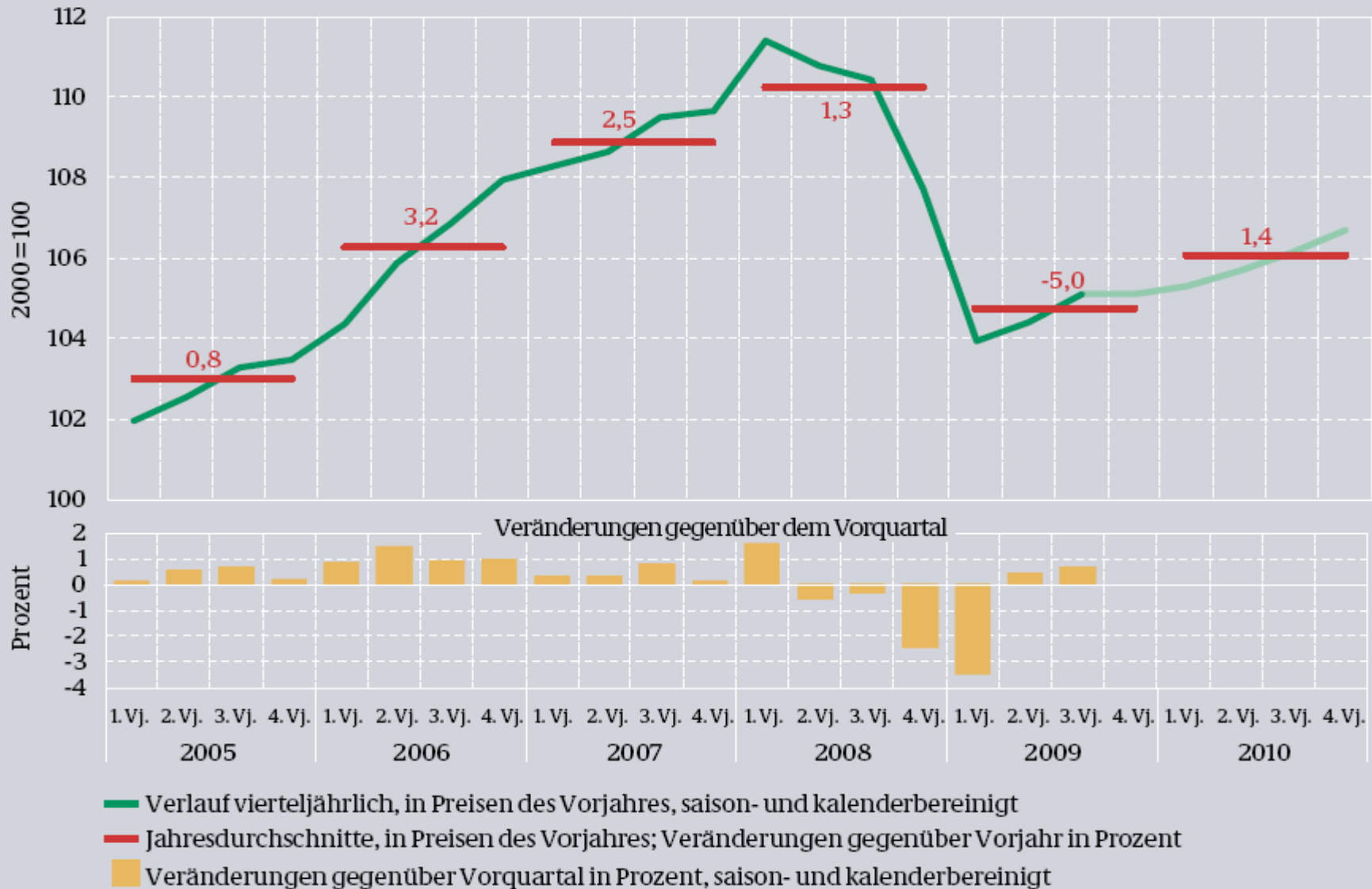
Vortrag im Rahmen des
34. Berliner Steuergesprächs am 1. März 2010

Überblick

- 1. Wirtschafts- und finanzpolitische Ausgangssituation**
- 2. Umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Gesetzgebungsvorhaben**
- 3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode**
- 4. Fazit**

1. Wirtschafts- und finanzpolitische Ausgangssituation

Entwicklung des BIP in Deutschland (preisbereinigt)



Quelle: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bis 3. Quartal 2009 Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

1. Wirtschafts- und finanzpolitische Ausgangssituation

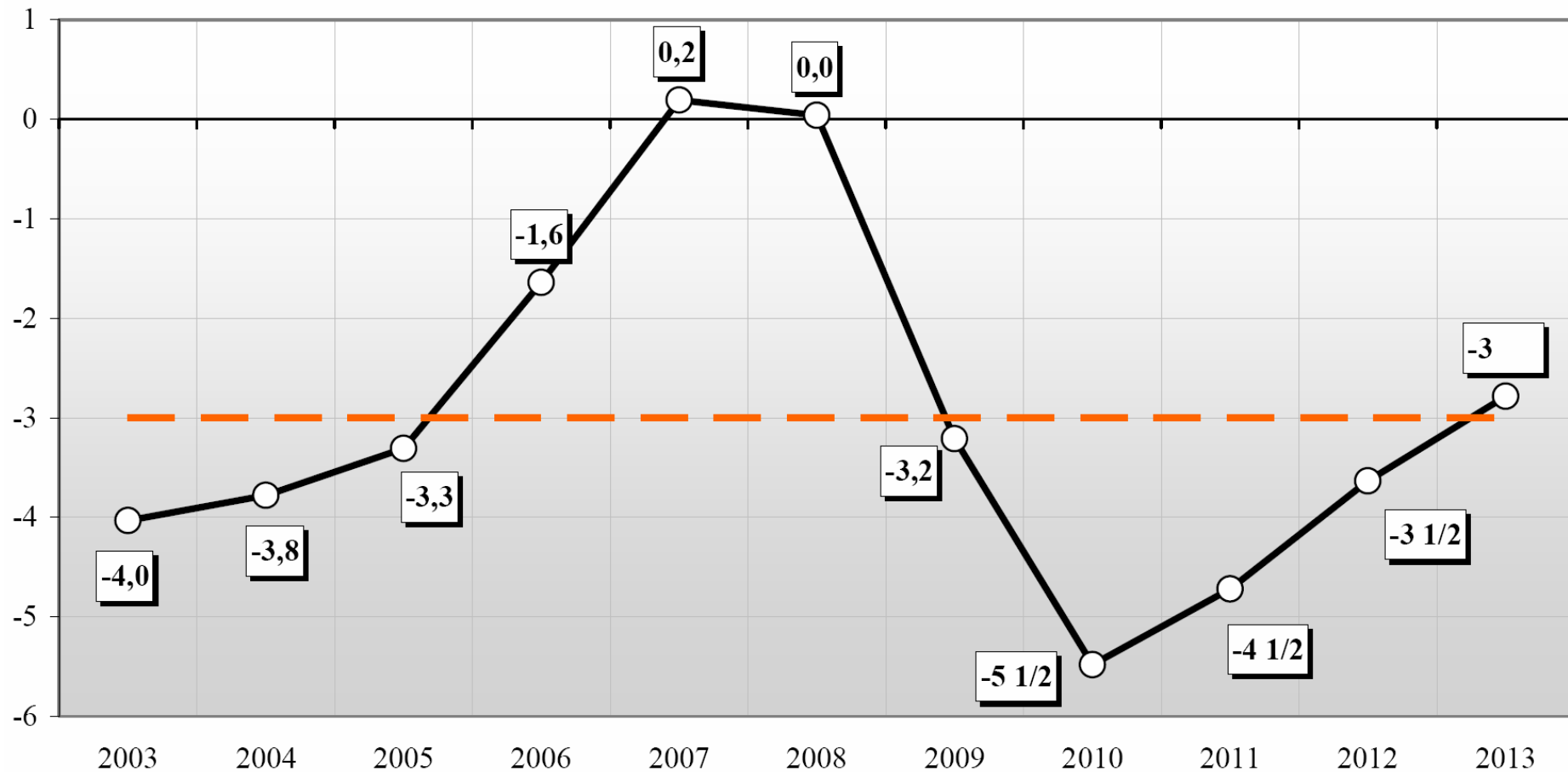
Auswirkungen der Krise im Bundeshaushalt erst im laufenden Jahr verstärkt sichtbar:

- Nettokreditaufnahme im Haushaltsentwurf 2010 liegt bei rd. 85 Mrd. Euro
- Hohe Neuverschuldung alternativlos, weil gezielte Maßnahmen gegen die Krise ergriffen werden mussten
- Nettokreditaufnahme 2009: rd. 34 Mrd. Euro

1. Wirtschafts- und finanzpolitische Ausgangssituation

Stabilitätsprogramm Januar 2010

Entwicklung des Maastricht-Finanzierungssaldos:
Defizit im Jahr 2013 wieder unterhalb von 3%
- in % des BIP -



1. Wirtschafts- und finanzpolitische Ausgangssituation

Defizitverfahren in Bezug auf Deutschland:

ECOFIN-Rat stellt am 2. Dezember 2009 fest, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht und gibt Empfehlungen zu dessen Abbau:

- Im Jahr 2010 sollen die Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung wie geplant durchgeführt werden.
- 2011 wird als Beginn der Konsolidierung bestimmt, ein durchschnittlicher struktureller Defizitabbau von mindestens 0,5 % des BIP jährlich gefordert.
- Bis 2013 muss das Defizit in Deutschland wieder unter den Referenzwert von 3 % in Relation zum BIP zurückgeführt werden.

Die im Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel läuft parallel und sichert dieses Ziel und die dafür unabdingbare Konsolidierungspolitik institutionell ab. Bis zum 2. Juni 2010 wird Deutschland darlegen, wie den Empfehlungen Rechnung getragen wurde.

1. Wirtschafts- und finanzpolitische Ausgangssituation

Exit in Deutschland – „Schuldenbremse“ als zentrales Element:

- Umfassende Begrenzung der strukturellen Haushaltsdefizite, Bund: 0,35 % des BIP; Länder: 0,0 % des BIP)
- Für den Bund: Rückführung des strukturellen Defizits 2010 von 2011 bis 2016 in “gleichmäßigen Schritten”
- Strukturelle Abbauschritte von rd. 10 Mrd. € pro Jahr + Finanzierungsbedarf aus (weiteren) Maßnahmen des Koalitionsvertrags
- Richtschnur: “Goldene Regeln“ der Finanzpolitik im Koalitionsvertrag

2. Umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Gesetzgebungsvorhaben

Wachstumsbeschleunigungsgesetz:

- Entlastungsvolumen 8,5 Mrd. Euro
(inkl. Bürgerentlastungsgesetz und Senkung ESt-Tarif beträgt das zum 1.1.2010 wirksam gewordene Entlastungsvolumen rund 20 Mrd. Euro)
- Gezielte Maßnahmen vor allem zur Entlastung von Familien und Unternehmen

2. Umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Gesetzgebungsvorhaben

Wachstumsbeschleunigungsgesetz:

Entlastungen für Familien (4,6 Milliarden Euro jährliche Entlastung)

- Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Kinder von 6.024 Euro auf 7.008 Euro und Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro

Entlastungen für Unternehmen (insgesamt 3,3 Milliarden Euro jährliche Entlastung)

- Abmilderung der Verlustabzugsbeschränkungen bei der Übernahme von Kapitalgesellschaften
- Abmilderung der Zinsabzugsbeschränkungen
- Verringerung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen
- Einführung einer Konzernklausel bei der Grunderwerbsteuer
- Erleichterungen bei der Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter
- Ermäßigter Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für Beherbergungsleistungen
- Verzicht auf die Reduzierung der steuerlichen Entlastungssätze für reine Biokraftstoffe für die Jahre 2010 bis 2012

Erbschaftsteuer (420 Millionen Euro jährliche Entlastung)

- Verringerung der Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder, Vereinfachung der Anforderungen für die steuerbegünstigte Unternehmensnachfolge

2. Umgesetzte oder in Umsetzung befindliche Gesetzgebungsvorhaben

Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften:

- Anpassungen des deutschen Steuerrechts an europarechtliche Vorgaben sowie
- Umsetzung von drei wichtigen steuerpolitischen Maßnahmen der Koalitionsvereinbarung:
 - Umsatzbesteuerung von Postuniversaldienstleistungen
 - Anpassung der Regelungen zur Funktionsverlagerung
 - Steuerliche Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen
- Abschluss bis Ende März geplant

3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode

Koalitionsvertrag als Leitfaden für steuerpolitische Vorhaben und deren zeitliche Planung:

- Schwerpunkt: Vereinfachung des Steuerrechts und Bürokratieabbau

- Schwerpunkt: Tarifreform

102 Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorran-
103 gig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem wir den
104 Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen. Zahl und Verlauf der Stufen
105 wird unter Berücksichtigung dieses Zieles entwickelt.

106

107 Der Tarif soll möglichst zum 1.1.2011 in Kraft treten.

- Finanzierungsvorbehalt gewährleistet, dass Konsolidierungslinie nicht gefährdet wird:

559 - Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode

Steuerliche Verfahrensvereinfachung im Koalitionsvertrag, u.a.:

- Verständlichere Gestaltung der Steuererklärungsvordrucke
- Papierlose Kommunikation mit dem Finanzamt
- Vorausgefüllte Steuererklärung
- Vereinfachung der Besteuerung von Rentnern
- Prüfung Steuererklärung für Zweijahreszeitraum
- Unbürokratisches Verfahren zur Elektronischen Rechnungsstellung
- Zeitnahe Betriebsprüfung

3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode

Vereinfachung des materiellen Steuerrechts im Koalitionsvertrag, u.a.:

- Vereinfachung des Abzugs von außergewöhnlichen Belastungen
- Vereinfachung des Abzugs von Kosten für ein Pflegeheim
- Neuordnung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Ausbildungskosten
- Wiedereinführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit privater Steuerberatungskosten

3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode

Bürokratieabbau im Koalitionsvertrag, u.a.:

- Erweiterte Prüfung im Vorfeld von Gesetzesvorlagen:
 - gesetzliche Informationspflichten auch beim Bürger
 - gesetzliche Handlungspflichten bei Wirtschaft, Bürger und Verwaltung
- Vorlage verbindlicher Umsetzungspläne zur Erreichung des bestehenden 25%-Ziels bis 2011 bei den Informationspflichten der Wirtschaft
- Reduzierung des gesamten messbaren Erfüllungsaufwandes um durchschnittlich 25 % bis 2011 in ausgewählten Bereichen (u.a. im Bereich Steuererklärungen und steuerliche Nachweispflichten)

3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode

Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung in der mittleren Frist:

- Neustrukturierung der Verlustnutzung
- Grenzüberschreitende Gruppenbesteuerung
- Auseinandersetzung mit unterschiedlicher steuerlicher Behandlung von Eigenkapital und Fremdkapital
- Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode

Kommission: Reform der Gemeindefinanzen

268
269 Wir werden eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung
270 der Gemeindefinanzierung einsetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbe-
271 steuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen
272 Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prü-
273 fen.
274

- Regierungskommission unter Leitung des Bundesministers der Finanzen
- Weitere Mitglieder: Bundesminister des Innern, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände
- Konstituierende Sitzung am 4. März 2010

3. Ausblick auf den weiteren Verlauf der Legislaturperiode

Kommission: Anwendungsbereich ermäßigter MwSt-Satz

285 Daneben gibt es Handlungsbedarf bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen. Be-
286 nachteiligungen gehören auf den Prüfstand. Aus diesem Grund wollen wir eine
287 Kommission einsetzen, die sich mit der Systemumstellung bei der Umsatzsteuer
288 sowie dem Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze befasst.

- Einbeziehung der Ergebnisse einer auf gemeinsamen Wunsch der Fraktionen des 16. Deutschen Bundestages in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studie
- Studie soll Handlungsempfehlungen für mögliche zukünftige Ausgestaltung des nationalen Anwendungsbereichs des ermäßigten MwSt-Satzes aufzeigen
- Kommission soll nach Vorliegen der Forschungsergebnisse im Sommer 2010 ihre Arbeit aufnehmen

4. Fazit

Wirtschaftliche Lage zu Beginn der Legislaturperiode erforderte gezielte Schritte gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise:

- Finanzielle Entlastung von Haushalten und Unternehmen u.a. i.R. des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes

Fokus bei zukünftigen Maßnahmen:

- Strukturelle Entlastung durch Steuervereinfachung und Bürokratieabbau
- Einhaltung des Konsolidierungskurses

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**